

Der Weg in den Abgrund

Catherine Forde

Schwangerschaftsabbruch in Irland ist eine nie zu Ende gehende Geschichte und unglücklicherweise hat die Geschichte wenig zu tun mit Respekt für Frauen und sehr viel aber mit politischen Ausflüchten. Die Angelegenheit trat das erste Mal an die Öffentlichkeit im Jahr 1981 als vorgeschlagen wurde, die irische Verfassung zu ändern, um so sicherzustellen, dass der Schwangerschaftsabbruch in Irland nie Gesetz würde und im speziellen, um zu verhindern, dass diese liberalen Europäer uns es durch den Gemeinsamen Markt aufzwingen würden.

Mein zweites Kind war ein Jahr alt, ich war zu jenem Zeitpunkt blond und noch relativ jung. Heute ist mein Sohn 21 Jahre alt und ich bin grauhaarig und ziemlich alt und die irische Regierung lässt sich jetzt auf einen anderen Abänderungsantrag der Verfassung ein, um den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch in Irland zu beschränken.

Gibt es Schwangerschaftsabbrüche in Irland?

Möglicherweise schon, aber nur in äußerst extremen Fällen. Diese resultieren aus einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, der festgestellt hat, dass die Bestimmung in der Irischen Verfassung, die dem Ungeborenen das Recht auf Leben zugesprochen hat, ebenso der Frau das Recht zusprach, einen Schwangerschaftsabbruch in Irland zu haben, sofern eine reale und substantielle Gefahr für ihr Leben besteht. Im Moment haben wir keine Regelungen, die sich auf die Bereitstellung von Abbruchseinrichtungen beziehen.

Wie kam es zu der Situation, dass das **Recht der Frau auf einen Abbruch durch die Irische Verfassung garantiert** wird? Es begann damit, dass die Abbruchsgegner sicherstellen wollten, dass in Irland der Abbruch niemals möglich sein kann. Sie übten einen enormen Druck auf alle politischen Parteien aus, ein Referendum abzuhalten, durch welches in der irischen Verfassung das Recht auf Leben für die Ungeborenen verankert werden sollte. Diese Verfassungsänderung stellte auch fest, dass eine angemessene Rücksicht auf das gleichwertige Recht auf das Leben der Mutter genommen werden muss. Eine Gefahr von Gesetzen ist, dass manchmal die Gerichtshöfe sie in die Hände bekommen und wenn Gerichtshöfe ihre Entscheidungen treffen, gefällt das Ergebnis nicht immer jedermann/frau.

1992, etwa neun Jahre nachdem die Ungeborenen das Recht auf Leben bekamen, wurde ein 14-jähriges Mädchen schwanger, nachdem sie vom Vater ihrer Freundin vergewaltigt wurde. Ihre Eltern entschlossen sich, sie nach England zu bringen, damit sie dort einen Schwangerschaftsabbruch haben konnte. Ihre Eltern wollten auch, dass der Vergewaltigte verurteilt wird. Sie kontaktierten deshalb die Polizei, um sich über die DNA-Analyse zu informieren. Außerdem wollten sie wissen, welche Vorgangsweise nach dem Abbruch nötig wäre, um die nötigen Beweismittel für einen Prozess sicherzustellen. Die Polizei wollte sichergehen und kontaktierte den Staatsanwalt. Zu diesem Zeitpunkt befand sich ein bekannter Verfassungsexperte im Büro des Staatsanwaltes und der Anruf wurde zwischen dem Staatsanwalt und dem Verfassungsrechtler diskutiert. Der Verfassungsrechtler war der Meinung, dass die Reise der jungen Schwangeren nach England einen Bruch des Verfassungsrechtes auf das Leben des Ungeborenen darstellen könnte.

1980 haben diejenigen, die gegen die Verankerung des "Rechts auf Leben" in der Verfassung opponiert haben, argumentiert, dass die Situation eintreten könnte, dass es **einer Frau verboten werden könnte, nach England wegen eines Schwangerschaftsabbruchs zu reisen**, wenn den Ungeborenen das Recht auf Leben in der Verfassung eingeräumt wird. Die Abbruchsgegner sagten "Nein", dies ist nur Angstmacherei, so etwas wird nie eintreten. Es trat 1991 ein. Der Staatsanwalt machte einen Antrag beim Gericht, um das Mädchen daran zu hindern, nach England zu reisen. Zu diesem Zeitpunkt war die Familie bereits in England. Als die Polizei sie kontaktierte, um sie über die DNA-Analyse zu informieren, wurden sie auch darüber informiert, dass der Staatsanwalt ein Verfahren gegen sie beim Gericht eingeleitet und eine Verfügung erwirkt hatte, die ihnen das Verlassen Irlands untersagte. Rechtlich gesehen hätten die Eltern und ihre Tochter nicht zurückkommen müssen, da sie bereits außerhalb von Irland waren. Als gute folgsame Staatsbürger kamen sie zurück und nahmen im Verfahren des High Courts teil.

Psychiatrische Gutachten wurden dem Gericht präsentiert, um zu zeigen, dass das Mädchen selbstmordgefährdet war und dass ihr Leben durch die Schwangerschaft in Gefahr sei. Der Richter entschied, dass sie nicht nach England reisen durfte, da durch einen Abbruch das Verfassungsrecht des Ungeborenen auf Leben beschädigt würde. Das Land war in Aufruhr, öffentliche Märsche und Demonstrationen fanden statt, die forderten, dass diesem jungen Mädchen die Reise nach England erlaubt werden sollte. Die Regierung reagierte panisch. Sie

forderte die Eltern auf, gegen die Entscheidung des Gerichts bei Obersten Gerichtshof zu berufen, wobei der Staat die Kosten tragen würde. **Der Oberste Gerichtshof tat das Nötige und entschied, dass eine Frau in Irland das Recht hat, ihre Schwangerschaft zu beenden, sofern eine tatsächliche und substantielle Gefahr für ihr Leben besteht.** Im Fall "X", wie der Fall genannt wurde, resultierte die Gefahr vom Selbstmord her. Damit wurde anerkannt, dass Selbstmord eine reale und tatsächliche Gefahr für das Leben der Mutter darstellt. Dank einer Verfassungsänderung, die sicherstellen wollte, dass der Schwangerschaftsabbruch fern von Irland bleiben sollte, wurde somit der Abbruch eingeführt und tatsächlich durch die Verfassung geschützt.

Die Abbruchsgegner waren wütend, denn nun gab es den Schwangerschaftsabbruch in Irland. Nach ihrer Meinung hatten wir die liberalste Regelung in der Welt, da ein Abbruch bis zum Zeitpunkt der Geburt durchgeführt werden konnte. Seit damals haben diese Gruppen einen langen und harten Kampf geführt, um **Selbstmord als Grund für einen Abbruch zu eliminieren.** 1992 konnten sie die Regierung von einem neuen Referendum überzeugen, damit Selbstmord nicht als Beweis dafür verwendet werden kann, dass eine reale und substantielle Gefahr für das Leben der Mutter besteht. Das 1992 Referendum wurde bekannt als die "Ja, Ja, Nein"-Kampagne. Wir hatten drei Fragen auf dem Stimmzettel, die unterschiedliche Änderungen zur Verfassung betrafen. Die erste betraf das Reiserecht – so würde das Recht auf Leben für das Ungeborene nicht dem Recht der Mutter auf die Reise widersprechen. Die zweite Frage betraf das Recht auf Information über Abbruchkliniken, die in anderen Ländern legal bestehen – so könnte das Recht des Ungeborenen nicht dafür verwendet werden, den Zugang zu Information über den Abbruch zu verbieten, wobei vorgesehen war, dass der Staat den Typus der Information und die Art, wie sie vermittelt wurde, regulieren konnte. Die dritte Frage betraf die Entfernung von Selbstmord als ein Grund für die Beendigung der Schwangerschaft – so sollte Selbstmord nicht als eine Gefahr für das Leben der Frau betrachtet werden. Die Menschen stimmten ab mit "Ja, Ja, Nein". Selbstmord wurde nicht ausgeschlossen. Trotzdem hörten die unermüdlichen Abbruchsgegner nicht auf.

Sie haben weiterhin die **Regierung unter Druck gesetzt, um ein neuerliches Referendum abzuhalten, mit dem Ziel Selbstmord als Grund zu streichen.** Sie sind der Meinung, dass wir sozial indizierte Abbrüche haben, dass Frauen Geschichten erfinden und vorgeben, selbstmordgefährdet zu sein, da es keine Möglichkeit gibt herauszufinden, ob eine Frau selbstmordgefährdet ist oder nicht. Niemand kann sicher sein, ob eine Person tatsächlich Selbstmord begeht, außer sie tut es tatsächlich.

Die jetzige Regierung hat nur eine geringe Mehrheit und ist von den Stimmen von vier unabhängigen Abgeordneten abhängig. Drei von ihnen sind strikte Abbruchsgegner und der vierte ist ein Opportunist. Diese Gruppe informierte die Regierung, dass sie, sofern es kein neuerliches Referendum geben würde, ihre Unterstützung der Regierung zurückziehen würden und damit die Regierung stürzen würden. Raten Sie mal? Wir werden ein neues Referendum haben, dass Selbstmord ausschließen soll.

Aber das Leben ist nicht so einfach. Die Regierung war nicht so leicht bereit, der politischen Erpressung nachzugeben. Es wurde ein All-Parteien-Komitee eingesetzt, um diese sehr schwierige Frage zu überprüfen. Die Zivilgesellschaft wurde eingeladen, dem Komitee Vorschläge zu unterbreiten. Das ist Glück im Unglück für viele Gruppierungen wie z.B. die Irische Familienplanungsorganisation (IFPA), die bis dato noch keine explizit ausgearbeitete Position zum Schwangerschaftsabbruch hatte. Da die IFPA nun detaillierte Vorschläge für das Komitee machen muss, mussten wir über unseren Standpunkt zum Schwangerschaftsabbruch sicher sein: Sollten wir den Abbruch auf Verlangen unterstützen, sollte er leicht verfügbar sein bis zu einem bestimmten Zeitpunkt und restriktiver nach der 12 Woche.

Sollte er nur erlaubt werden unter bestimmten Umständen

Wer soll die Entscheidung treffen – die Frau allein oder die Frau und der Arzt/die Ärztin

Wir hatten uns selbst zu fragen, ob wir eine minimalistische Rolle spielen wollten und uns für den Abbruch in Fällen der Vergewaltigung, Inzest, schweren Behinderungen des Fötus und dessen Unfähigkeit außerhalb des Mutterleibes zu überleben, einsetzen wollten, in der Hoffnung, dass dieses politische Ziel erreicht werden konnte. Wir fragten uns außerdem, ob im Fall einer radikaleren und extremeren Position, wir vielleicht Förderungen verlieren, würden, wir uns auf Kollisionskurs mit dem Gesundheitsbüro begeben würden, das mit großen Summen unsere Schwangerschaftsberatungsstellen unterstützt, die notwendige Einrichtungen für Frauen im Schwangerschaftskonflikt darstellen. Generell stellte sich für uns die Frage, würde die Organisation überleben können, wenn die Förderungen ausblieben.

Ich habe an einer Konferenz der International Planned Parenthood Federation (IPPF), bei der die IFPA Mitglied ist, in Newcastle über Schwangerschaftsabbruch in Nordirland teilgenommen. Ein Vortragender aus Kanada beschrieb, wie sich das restriktive kanadische Gesetz zu einem ohne Restriktionen veränderte. Es gibt keine Tatbestände im Strafgesetz oder verfassungsrechtliche Restriktionen. Es ist einfach eine Angelegenheit der Gesundheit. Davon war ich sehr beeindruckt.

Wir haben diesen Zugang im Vorstand der IFPA diskutiert und schließlich einen radikalen Vorschlag für das Komitee gemacht. Der Schwangerschaftsabbruch sollte sämtlicher gesetzlichen Bedingungen entkleidet werden und als eine Angelegenheit zwischen der Frau und ihrem Arzt/Ärztin betrachtet werden.

Warum den Doktor inkludieren? Nun der/die Arzt/Ärztin soll die Frau beraten, ob es eine gute oder keine gute medizinische Entscheidung für sie ist und außerdem weil es eine allgemein akzeptierte Tatsache ist, dass Schwangerschaftsabbruch nicht wirklich die gesündeste Methode der Familienplanung ist. Wir verloren mit dieser Position keine Förderungen und wir sind nun mehr respektiert als vorher.

Ein riesiger Wälzer mit all den Vorschlägen an das Komitee wurde publiziert. Das Komitee stellte einen Bericht zusammen, der an ein weiteres Komitee übermittelt wurde. Wie immer entschied der politische Opportunismus, und trotz aller ernsthaft gemachten Beiträge, beschloss die Regierung, dass sie erneut ein Referendum über Schwangerschaftsabbruch abhalten wird, wie sie den Abbruchsgegnern und den politischen Erpressern versprochen hatte. Ein Politiker meinte dazu, dieses Referendum hätte mehr zu tun mit dem Überleben der Regierung als mit dem Recht auf das Leben der Ungeborenen.

Mein Vortrag nennt sich "Der Weg in den Abgrund" weil, wir wieder ein Referendum haben, das Frauen nicht respektiert. Wir schauen zurück auf 20 Jahre und, anstatt den Status und den Respekt von/vor Frauen zu verbessern, versucht die Regierung noch immer die Frauen zu unterdrücken. **In Irland hat eine Frau, deren Leben wegen einer Schwangerschaft in Gefahr ist, das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch: in Irland. Keine Regelungen wurden eingeführt, um die Umsetzung dieses Rechts zu unterstützen.** Politiker haben zu sehr gefürchtet, durch eine solche Diskussion als Befürworter des Schwangerschaftsabbruches da zu stehen. Wieder verwenden sie die Maske des Referendums, das bei der Indikation "Gefahr für das Leben der Frau" den Selbstmord ausschließen soll, um so gesetzlich den Abbruch zu regeln.

Wie viele Frauen in Irland einen Schwangerschaftsabbruch haben, weil ihr Leben in Gefahr ist?

Ich weiß es nicht, ich würde annehmen, dass ihre Zahl gering ist. Die Abbruchsgegner wiederholen kontinuierlich, dass, falls die Selbstmordgefährdung erlaubt bleibt, dies die Schleusentore für sozial motivierte Abbrüche öffnen würde. Sie scheinen zu vergessen, dass es schon seit dem Fall "X" im Jahr 1992 keine Schleusentore mehr gibt.

Die tatsächlichen Statistiken für irische Abbrüche werden vom britischen Statistikbüro geliefert. Warum ein britisches Büro? Weil die irischen Abbrüche nicht in Irland stattfinden sondern in Großbritannien. 1997 haben mindestens 5000 Frauen einen Abbruch in England gehabt, die eine irische Adresse angegeben haben, 1999 waren es mindestens 6.000, 2000 waren es 6.381 und dieses Jahr wahrscheinlich etwa 7.000. Von diesen irischen Abbrüchen fand kein einziger in Irland statt. Irland ist ein ziemlich einzigartiges Land, aber eine unserer einzigartigsten Eigenschaften ist, dass wir zu den Ländern mit den höchsten Abbruchsziffern in Europas zählen, ohne selbst welche durchzuführen. Die Zahlen, die ich geliefert habe, mögen nicht ganz zutreffend sein und eher am unteren Ende liegen. Viele Frauen haben vielleicht keine irische Adresse angegeben, wenn sie zum Abbruch in England waren und scheinen daher nicht in der Statistik auf.

Aber nicht alles ist so düster und deprimierend. Viele Organisationen haben ihre Position zum Schwangerschaftsabbruch genauer überdacht und haben sich mehr für die Bereitstellung von Abbrucheinrichtungen engagiert. Die IFPA veranstaltete letzte Woche ihre dritte Konferenz über den Schwangerschaftsabbruch. Diese Konferenzen sind bekannt als "Stimmen der Vernunft". Die Konferenz des letzten Jahres war sehr erfolgreich und wir publizierten ein Buch mit dem Titel "Die Irische Reise". Das Buch hat die wahren Geschichten von Frauen zusammengetragen, die für einen Abbruch nach England reisten. Während der Konferenz haben bekannte Persönlichkeiten diese Geschichten vorgelesen. Eine Dachorganisation namens "Schwangerschaftsabbruch Reform" wurde etabliert, die darauf abzielt, dass der Schwangerschaftsabbruch in ruhiger und sachlicher Art diskutiert werden kann und es nicht notwendigerweise zu hitzigen und antagonistischen Debatten kommt. Außerdem bemüht sich die Vereinigung, um die Bereitstellung von Serviceeinrichtungen in Irland.

Die Einstellungen in Irland haben sich verändert. Teilweise dank der Kampagnen jener, die eine Situation erreichen wollen, dass Frauen Zugang zu irischen Serviceeinrichtungen haben und teilweise dank der furchtbaren Fälle wie z.B. der Fall "X". Wir hatten auch den Fall "C", bei dem es ebenfalls um eine vergewaltigte Minderjährige ging, die schwanger wurde. Diese Minderjährige wurde dem Gesundheitsamt übergeben. Das Gesundheitsamt befürwortete einen Abbruch, da das Mädchen Selbstmord gefährdet war, und stellte den Antrag auf Ausreise, der gestattet wurde. Beide Fälle hatten einen tiefgreifenden Einfluss auf die öffentliche Meinung und die meisten Menschen waren der Ansicht, dass es richtig war, dass diesen Mädchen ermöglicht werden sollte, einen Abbruch zu haben.

Die 1982-Kampagne war nicht einfach. Jene, die in den Straßen Zettel verteilten, wurden verbal attackiert und körperlich bedroht. Kein Politiker war in der Lage, den Abbruch unter bestimmten Umständen gutzuheißen. Es war schwierig, die Kampagne über die Verfügbarkeit von Abbruchseinrichtungen selbst für bestimmte Fälle

durchzuführen. Die verwendeten Argumente waren, dass die Verfassung nicht zur Regulierung der Moral verwendet werden soll und die künftigen Auswirkungen einer solchen Verfassungsbestimmung unbestimmt seien. Schließlich bewirkte diese den Fall "X" und den Versuch Frauen davon abzuhalten, nach England zu gehen und führten zum in der Verfassung niedergeschriebenen Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch in Irland – zwar unter sehr eingeschränkten Umständen.

Da wir sichtlich alle paar Jahre ein Referendum haben, das den Zugang zum Abbruch einschränken will, ist die Öffentlichkeit der Diskussion gegenüber offen geworden. Es wird sowohl in den Zeitungen, in Talkshows und in Nachrichtensendungen diskutiert. Es ist wahrscheinlich, dass seit 1981 etwa 90.000 bis 100.000 Frauen Schwangerschaftsabbrüche hatten. Wir kennen sie alle, es sind die Mitglieder unserer Familien, unsere Freundinnen und unsere Kolleginnen. Die irische Bevölkerung beträgt etwa 3 Mill. Menschen, daher ist es für uns leicht möglich, jemanden zu kennen, der einen Abbruch hatte.

Nach jahrelanger Erpressung von Abbruchsgegnern fühlen sich manche Politiker jetzt ausreichend stark für den Abbruch in bestimmten Fällen einzutreten. Sie haben vielleicht genügend Selbstvertrauen und Vertrauen in die öffentliche Meinung. Sie befürchten nicht mehr, dass sie ihren Sitz im Parlament verlieren, wenn sie in der Öffentlichkeit für den Abbruch eintreten. Die Zeit und die gemachten sozialen Erfahrungen haben die irischen Menschen verständnisvoller gegenüber der Grauzone des Schwangerschaftsabbruchs gemacht.

Wird diese Zusatzbestimmung zur Verfassung angenommen werden?

Wahrscheinlich nicht. Während die Regierung die Zustimmung der "netten" Abbruchsgegner gesucht hat, tat sie dies nicht mit den weniger "netten". Einige von ihnen haben sich gegen die Formulierungen des Referendums gestellt, da es den Schutz der Ungeborenen erst nach der Implantation beinhaltet. Die Regierung beschloss damit die "Pille danach" zu schützen, da es ansonst noch mehr Abbrüche gäbe. Dieses Mal unterstützen nicht alle Parteien das Referendum, zwei der größten Parteien haben sich gegen das Referendum ausgesprochen. Einige Politiker haben sich für das Recht der Frauen auf Leben und die Beibehaltung der Selbstmordindikation ausgesprochen. Viele stehen dem zynischen Zugang der Regierung sehr kritisch gegenüber, die den Frauen versichert hat, dass sie reisen können, wo immer hin sie wollen, um einen Abbruch aus welchen Gründen wie immer zu haben.

Die gerichtsanhängigen Fälle, eine Studie "Frauen und Schwangerschaftskonflikt", der Einfluss der IFPA sowohl auf politischer wie auch öffentlicher Ebene, zusammen mit vielen Radio-, Fernseh- und Zeitungsdiskussionen haben zu großen Veränderungen in der irischen öffentlichen Meinung geführt. Da die Zahl der Frauen steigt, die einen Abbruch hatten und diese in der Öffentlichkeit bereit sind zu diskutieren, wurde es weniger und weniger zu einem Tabu-Thema. Die Menschen sind der Meinung, dass der Abbruch unter bestimmten Umständen in Irland verfügbar sein sollte. Die Ärztekammer hat ihre Regeln geändert und beschlossen, dass der Abbruch verfügbar sein soll, wenn der Fötus außerhalb des Mutterleibs nicht überlebensfähig ist.

In den letzten 20 Jahren hat es **einige Verbesserungen** gegeben. Es gibt Schwangerenberatungsstellen, die eine Verbesserung darstellen. Das Gesetz, das einer Frau bei Lebensgefahr das Recht auf einen Abbruch garantiert, ist in der Verfassung verankert. Es gibt eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für die Bereitstellung von Abbruchseinrichtungen im Falle des Inzests und der Vergewaltigung. Es ist außerdem wahrscheinlich, dass die Waffe der Abbruchsgegner: die Erpressung von Politikern nicht mehr funktioniert und das ist ebenfalls ein Fortschritt.

Auf der anderen Seite sehen wir uns mit dem **Referendum konfrontiert, das versucht, das Recht auf Leben bei den Frauen zu limitieren.** Die neuen Vorschläge sehen ein medizinisches Procedere vor, das durchgeführt werden kann, um das Leben des Ungeborenen zu beenden, sofern eine tatsächliche und substantielle Lebensgefahr für die Frau besteht, ausgenommen davon ist die Gefahr der Selbsterstörung. Das heißt dass eine medizinische Vorgangsweise verwendet werden kann, um das Leben der Frau zu retten; dieser Vorgang soll nicht Schwangerschaftsabbruch genannt werden und der Schwangerschaftsabbruch wird in Irland nicht verfügbar sein. Die Strafen in der vorgeschlagenen Gesetzgebung sind drakonisch und zwar 12 Jahre für den versuchten oder durchgeführten Abbruch, wobei es keine Milderungsgründe gibt.

Sie mögen fragen, was das alles bewirkt.

Es hält die **Fiktion aufrecht, dass wir keinen Schwangerschaftsabbruch in Irland haben.** Trotzdem haben jeden Wochentag 26 irische Frauen einen Abbruch. Kein Verfassungsrecht und keine Strafen werden verhindern, dass Frauen Schwangerschaftskonflikte haben, die mit einem Abbruch enden. Die irische Regierung hat ihre

Einstellung sehr klar dargelegt, dass sie niemanden daran hindern will wegen eines Abbruchs zu reisen. Unser Ministerpräsident hat deutlich gesagt, dass Frauen, die einen Schwangerschaftskonflikt durchleben, mit Mitgefühl behandelt werden sollen. Dieses Mitgefühl schließt aber nicht die Bereitstellung von Serviceeinrichtungen ein. Es ist schwer zu glauben, dass nach 20 Jahren der Diskussion, die Antwort der irischen Regierung auf die schwierige Frage des Schwangerschaftsabbruchs, die Beeinträchtigung des Rechts auf Leben der Frau ist. Das macht mich traurig und wenn dieses Referendum angenommen wird, wird in Irland eine andere dunkle Ära der Heuchelei beginnen.

Anmerkung:

Am 6.3.2002 fand das vorher geschilderte Referendum in Irland statt. Eine knappe Mehrheit (52,42%) entschied sich gegen eine Verschärfung der bestehenden Situation, wobei nur 42,89% der Bevölkerung zu den Urnen ging.